Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich bei frei Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Arbeiterfahrer", „Der kommunistische Gesellenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sonntag" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-N., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 [illegible] ★ Redaktion Dresden-N., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 [illegible] Dresden, Emil Schiegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die viermal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 60 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an der [illegible] Anzeigen müssen bis 4 Uhr nachmittags erfolgen.

1. Jahrgang | Dresden, Sonnabend den 29. August 1925 | Nummer 117

Das Kompromiß im Baugewerbe

Die Reformisten weichen der Entscheidung aus

Nach siebenstündiger Verhandlung wurde am Freitag zwischen den Spitzenorganisationen der Bauunternehmer und den Bauarbeitern eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Bauarbeitern einige Pfennige Lohnerhöhung bringt. Es ergibt sich für die einzelnen Kampfgebiete folgendes Bild (Spitzenlohn):

Bezirk:	Vor dem Kampf	Schiedsspruch v. 14. 8.	Vereinbarung v. 28. 8.
Leipzig			
Bauarbeiter	102 Pfg.	110 Pfg.	114 Pfg.
Bauhilfsarbeiter	92 „	92 „	95 „
Tiefbauarbeiter	88 „	88 „	—
Chemnitz u. Zwickau			
Bauarbeiter	100 „	108 „	113 „
Bauhilfsarbeiter	90 „	90 „	94 „
Tiefbauarbeiter	86 „	86 „	—

Diese Löhne gelten ab 31. August 1925.

Ziffern 2—5 des Schiedsspruches vom 14. August 1925 wurden zum Vertrag erhoben.

Die Vereinbarung vom 10. August besteht mit der Maßgabe fort, daß neben dem unparteiischen Vorsitzenden, den der Reichsarbeitsminister ernennt, von jeder Partei ein unparteiischer Beisitzer gestellt wird. Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt.

Die Löhne der Tiefbauarbeiter sind noch nicht geregelt.

Die zum Vertrag erhobenen Punkte des Schiedsspruches vom 14. August haben folgenden Wortlaut:

2. Soweit die Aenderung der Ortsklassen noch streitig ist, bleibt die Verständigung den Tarifparteien überlassen. Bis dahin gilt der bisherige prozentuale Abstand.
3. In denjenigen Lohnbezirken, in denen bisher durch Tarif, Vereinbarung oder Schiedsspruch die Bezüge der Lehrlinge geregelt sind, verbleibt es bei dem bisherigen Brauch.
4. Bis zur anderweitigen bezirklichen Regelung des Werkzeuggeldes oder sonstiger besonderer Entschädigungen bleibt der bisherige Zustand bestehen.
5. Diese Lohnregelung gilt bis zum 30. November 1925.

* * *

Vor sieben Wochen begannen die Bauarbeiter ihren Kampf.

Sie waren die erste Schicht, gegen welche die Bourgeoisie — nicht etwa die Bauunternehmer allein — ins Feld zog.

Für die Kapitalisten aller Grade und aller Schattierungen gab und gibt es ja nur das e i n e Ziel:

die Arbeiter daran zu hindern, daß sie etwa die ihnen aufgewälzten Steuer-, Zoll- und Preislasten durch erfolgreiche Lohnbewegungen wenigstens teilweise wieder zurückwälzen könnten auf die Taschen der Ausbeuter!

Und die Bauarbeiter stehen mit ihren Löhnen an der Spitze. Einmal, weil sie Saisonarbeiter sind und in ihrem Lohn einen Ausgleich für die vielen Wochen haben müssen, die ihnen durch die Witterungseinflüsse (Regen und Frost) verloren gehen und dann auch, weil sie eine hohe Kampfkraft besitzen und nicht so leicht mit sich umspringen lassen, trotz ihrer reformistischen Führer.

Die nominelle Höhe der Bauarbeiterlöhne reizte die Unternehmer besonders stark, namentlich die Industriellen.

Bereits im Frühjahr zeigten die Schwerausbeuter im Westen sehr deutlich, wie sie die Bauarbeiter einschätzten. Als die rheinisch-westfälischen Bauarbeiter Lohnerhöhungen erkämpft hatten, boykottierten sie die Bauten, weil die „hohen" Bauarbeiterlöhne ein Anreiz zu Lohnforderungen für alle übrigen Arbeitergruppen seien!

Gegen die Bauarbeiter bildete sich deshalb die geschlossene Einheitsfront aller Ausbeuter, die jetzt ganz offen auftrat, mit den Unterschriften der Bankhyänen, der Großhändler, Großagrarier und Schwerindustriellen.

Bei Beginn des Kampfes der Bauarbeiter war diese Einheitsfront der Ausbeuter — ohne deren Hilfe die Bauunternehmer gar nicht durchhalten könnten — bereits perfekt, sogar die rechtesten Gewerkschaftsführer sahen das. Aber was tat der Bauarbeiterverband? Er zerschlug die Einheitsfront der Bauarbeiter, so weit er nur irgend konnte! Er lehnte die beantragte Wiedervereinigung mit den ausgeschlossenen Bauarbeitern glatt ab! Kein Gewerkschafter kann diese Handlungsweise der Reformisten anders bezeichnen als ein unerhörtes Verbrechen an den Bauarbeitern — und nicht nur an ihnen, sondern an der Gesamtarbeiterschaft, für die der Ausgang dieses Kampfes von sehr großer Bedeutung ist.

Und was tat der ADGB.? — Er nahm schöne Resolutionen an — und überließ sonst — sieben Wochen lang! — den Bauarbeitern, allein gegen die gesamte Ausbeuterfront zu kämpfen! Und so ist der Erfolg: **ein faules Kompromiß!**

Die wichtigste Frage, die laut „Vorwärts" im Vordergrund stand, die Ferienfrage, ist überhaupt unter den Tisch gefallen. Die Lohnerhöhung macht noch nicht einmal so viel aus, wie allein während des Kampfes die Preise gestiegen sind.

Es ist also gar nichts erreicht. Wie aber, wenn der ADGB. in der von ihm selbst ausgesprochenen Erkenntnis, daß es sich um einen Machtkampf der Gesamtausbeuterschaft samt ihrer Luther-Regierung handelt, dieser Macht seine eigene entgegengeschleudert hätte? Wie, wenn die zu gleicher Zeit in der Lohnbewegung stehenden Eisenbahner, Textilarbeiter, Post- und Bankbeamten, Bergarbeiter eine ebenso geschlossene Front geschmiedet hätten, wie die Ausbeuter? Dann wäre den Zollräubern von Zentrum, Volkspartei und Deutschnationalen Hören und Sehen vergangen und der Widerstand gegen die absolut notwendigen Lohnerhöhungen mit einem harten Schlag gebrochen.

Ist aber das, was man getan — oder vielmehr nicht getan — Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft?

Morgen, wenn die Bauarbeiter sich werden ein Paar Stiebeln haben besohlen lassen, stehen sie schlechter da wie vor dem Kampf! Dafür sieben Wochen Streik? Nein, Kollegen, so geht es wirklich nicht mehr weiter! Die Zeiten werden allzu ernst! Die Lehren müssen für jeden Verband gezogen werden: eine einzige geschlossene rote Front gegen die geschlossene Front der weißen Unternehmer! Fort mit der Sabotage der Gewerkschaftseinheit — fort mit der Sabotage des Klassenkampfes!

Ablehnung des Schiedsspruches in der Textilindustrie

In einer stark besuchten Versammlung der Funktionäre der Textilarbeiter-Organisationen West- und Mittelsachsens und Thüringens in Leipzig wurde gestern der im Reichsarbeitsministerium am 25. August gefällte Schiedsspruch nach langer, heftiger Debatte einstimmig abgelehnt.

Rückkehr der deutschen Arbeiterdelegation

Berlin, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Arbeiterdelegation trifft heute — Sonnabend nachmittag — in Berlin ein. Die Delegation ist mit einem russischen Dampfer von Leningrad abgefahren und wird heute vormittag in Stettin erwartet.

Stettin, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Sofort nach Eintreffen der Meldung, daß die deutsche Arbeiterdelegation von Leningrad abgefahren ist, wurde von der kommunistischen „Volkswacht" in Stettin ein Extrablatt herausgegeben. Selbst die bürgerliche Presse, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, nimmt unter dem Eindruck der Stimmung der Bevölkerung von der Rückkehr der Delegation lebhaft Notiz. Alle Großbetriebe, vor allem die Hafenarbeiter, sind auf den Empfang der Delegation eingestellt und werden sich restlos beim Einlaufen des Dampfers zum Empfang einfinden. Von den verschiedensten Organisationen, vor allem auch von den bürgerlichen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, laufen ständig telephonische Anfragen ein und wird genaue Auskunft über Eintreffen der Delegation verlangt. Die gesamte Presse wird zur Berichterstattung ihre Vertreter entsenden. Die Rückkehr der Delegation bildet das Stadtgespräch in Stettin. Die erste Berichterstattung soll am Sonntag im größten Saal von Stettin stattfinden. Die Nachfrage nach den Eintrittskarten ist so groß, daß zu befürchten steht, daß Tausende keinen Einlaß finden. Die Stettiner Arbeiter sind bis auf den letzten Mann zum Empfang bereit.

Ein Jahr Dawespolitik

Von Schneller-Berlin.

Vor einem Jahr schrieb der „Vorwärts" über die Zustimmung der Reichstagsmehrheit von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zum Dawesplan: „Das Tannenberg der Sozialdemokratie!" Die großen Kämpfe der Bauarbeiter, der Textilarbeiter, der Eisenbahner zeigen, was es für die Arbeiterschaft mit diesem Tannenberg auf sich hat. In Marseille, auf dem Kongreß der 2. Internationale, verteidigen deutsche und französische Sozialdemokraten diese Dawespolitik — als „sozialistisch". Sie tun das zu demselben Zeitpunkt, wo auch für Frankreich mit einem Dawespakt gedroht wird. Ja, und sie begeistern sich für die Durchführung dieser Politik in der Frage des Garantiepaktes. Die englischen Sozialdemokraten, die unter dem Druck der radikalisierten Gewerkschaftsbewegung stehen, wenden sich gegen diese Politik. Alle Arbeiter, die am eigenen Leibe den Segen der Dawespolitik spüren, müssen erkennen, in wessen Interesse die „Sozialisten" Hilferding, Dittmann, Wels, Hermann Müller usw. handeln. Der ADGB.-Kongreß in Breslau, der am Montag eröffnet wird, wird den Arbeitern die Richtigkeit der Dawespolitik nachzuweisen versuchen. Ein Jahr Dawespolitik — ein Jahr Politik der schärfsten Kapitalsoffensive, das muß der Arbeiterschaft und allen Ausgebeuteten eine große Lehre für die Zukunft werden. Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen, Zölle, Steuern, Arbeitslosigkeit — das ist das Tannenberg der SPD.! Und welche Aussicht für die Zukunft? Der Garantiepakt verheißt neuen imperialistischen Krieg. Sie schwätzen in Marseille vom Frieden, in Marokko, in Syrien, in China donnern Kanonen, rattern Maschinengewehre. Das ist die Zukunft auch für Europa, für Deutschland. Das ist die Perspektive des Dawes-Tannenberg der SPD. Die englischen Arbeiter, die sich gegen diese Politik der 2. Internationale wenden, sagen mit vollem Recht: Diese Politik ist die Politik der englischen Imperialisten, die sich von der Rebellion der Arbeiter und der Kolonialvölker bedroht fühlen und die darum fieberhaft an der Bildung der schwarzen Front gegen den Kommunismus und gegen Sowjetrußland arbeiten!

Die SPD., die sich vor einem Jahr — nach den schwersten Verfolgungen der Kommunisten — noch des Einflusses unter den Massen gewiß war, spürt, daß sich eine Wendung vollzieht. Sie wird radikal reden, vom Klassenkampf wird es in Breslau dröhnen und einige Wochen später in Heidelberg auf dem Parteitag der SPD.! Und das ist es, wo die Arbeiter die Entscheidung verlangen müssen — w i r müssen sie dahin bringen, w i r müssen ihnen dazu helfen: wie soll der Klassenkampf aussehen? Welche Wege, welche Ziele soll er haben?

Die Gewerkschaftsbureaukratie hat unter dem Drang der Arbeiterschaft nach Einheit ihre Spaltungspolitik zurückstellen müssen. Die Vereinigung von BAV. und Union Gruppe Bergbau zeigt, daß die Pessimisten in unseren Reihen gegenüber der Einheitsbewegung sträflich gehandelt haben, indem sie der Bewegung vielfach passiv abwartend gegenüberstanden, statt sie zu führen. Die gesamte Partei muß die Möglichkeiten der Massenmobilisation in den Gewerkschaften in ihrer vollen Bedeutung für die Bildung der roten Front aller Ausgebeuteten, gegen die schwarze Front der Ausbeuter und ihrer Agenten endlich erkennen. Die Rückkehr der Arbeiterdelegation aus Sowjetrußland ist ein zweites Beispiel, das uns neue Arbeitsmöglichkeiten zur Gewinnung der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zeigt. Die Enttäuschung über die Mißerfolge der Politik der 2. Internationale läßt die Arbeiter neue Wege zur Befreiung suchen. Sie wenden sich vom Westen, von der Hoffnung auf Wilsons Punkte und auf Breitscheids Völkerbundsphrasen hin zum Osten, zur Realität des ungeheuren Aufstiegs Sowjetrußlands.

Die deutsche Partei hat diesen sich anbahnenden neuen Umschwung in der Arbeiterschaft noch nicht voll begriffen. Die Wendung der Bourgeoisie nach dem Westen, die zu einer Verschärfung der SPD.-Politik (siehe Kautskys Broschüre gegen Sowjetrußland) geführt hat, hat Einfluß zum Teil auch in den Reihen der Kommunisten gehabt. Das gilt es zu beheben.

Jetzt heißt es, die neuen Entwicklungsmöglichkeiten in ihrer vollen Bedeutung zu erkennen und mit aller Energie auszunutzen. Die Bewegung für die Gewerkschaftseinheit, die Bewegung gegen neue imperialistische Kriege und die Bewegung für Sowjetrußland müssen zum Ausgangspunkt für unsere neue Arbeit werden.

Wir haben gerade jetzt — wo unsere vorjährigen Voraussagen über die Folgen der Dawespolitik genau so zutreffen, unter Hinweis auf die Erfolge Sowjetrußlands weit übertroffen worden sind — die größte Möglichkeit, alle Werbekraft zur Stärkung der roten Front gegen die